

Antrag

**der Abgeordneten Andreas Grutzeck, Dennis Thering, Dr. Anke Frieling,
Silke Seif, David Erkalp (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Bessere Versorgung von Gewaltopfern – Hamburg braucht infolge
Platzmangels leider ein weiteres Frauenhaus**

In den vergangenen Jahren hat die CDU-Fraktion immer wieder ein weiteres Frauenhaus gefordert. Tatsächlich wurde dieses sogar von Rot-Grün realisiert, doch leider offenbaren die Belegungszahlen der Hamburger Frauenhäuser (Drs. 22/11796), dass die damit erfolgte Aufstockung zu gering und nicht ausreichend war. 244 Schutzplätze sind aktuell in der Hansestadt verfügbar, doch 74 Frauen plus eine nicht genannte Anzahl an Kindern mussten im Jahr 2022 infolge Platzmangels in andere Bundesländer – vor allem nach Schleswig-Holstein – weitervermittelt werden. Auch verrät ein Blick auf die Auslastung, dass diese insgesamt für das Jahr bei 94,72 Prozent lag und in einigen Monaten in einigen Häusern sogar bei über 106 Prozent. Da ist es auch wenig hilfreich, dass der für September 2021 avisierte Umzug von 24/7 an einen neuen Standort sich immer weiter nach hinten verschiebt. Zeitweise war immerhin von Herbst 2023 die Rede, doch zuletzt hat der Bauherr mitgeteilt, dass sich die Fertigstellung des Neubaus aufgrund der aktuellen Situation im Baugewerbe auf das 1. Quartal 2024 verzögern werde. Die Planungen für den Umzug seien auch deswegen noch nicht abgeschlossen, so der Senat.

Opfer von Gewalt und ihre Kinder in einer krisenhaften Situation infolge Platzmangels aus der Stadt zu schicken, die ihre Heimat ist und ihnen trotz der tragischen Umstände einen gewissen Halt und eine Vertrautheit bietet, dürfte in den meisten Fällen eine zusätzliche Belastung darstellen. Daher ist es geboten, weitere Plätze zu schaffen.

Hamburg ist eine wachsende Stadt in einer Zeit, in der eine Krise der nächsten folgt. Nach der Corona-Pandemie nun der Ukrainekrieg mit wirtschaftlichen Unsicherheiten, erhöhtem Flüchtlingszuzug und Inflation. Hierauf muss reagiert werden, um den Schwächsten der Schwachen adäquate Hilfe zukommen zu lassen. Sie infolge Platzmangels der Stadt zu verweisen, fällt nicht darunter.

Im Rahmen der Planung eines weiteren kleinen Frauenhauses ist eine Spezialisierung in Erwägung zu ziehen. Daher fordern wir den Senat auf, zusammen mit den Experten im Bereich der Wohlfahrtspflege und Betreibern der jetzigen Frauenhäuser zu prüfen, ob es sinnvoll wäre, eine eigene Einrichtung für spezielle Bedarfe zu realisieren. Diese könnte beispielsweise nur für Mütter mit Säuglingen und Kleinkindern sein oder eine Einrichtung für junge Frauen ohne Ausbildung, die dort auch entsprechend beraten und gefördert werden, um zeitnah beruflich auf eigenen Beinen stehen zu können und somit künftig nicht mehr in die Abhängigkeit von einem Mann zu geraten.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. mit den Planungen für ein weiteres kleines Frauenhaus zu beginnen;
2. mit den Trägern der Wohlfahrtspflege und Betreibern der Frauenhäuser hierfür eine Spezialisierung zu prüfen;

Drucksache 22/12157 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg – 22. Wahlperiode

3. infolge der Prüfung einen geeigneten Betreiber und einen passenden Standort auszuwählen;
4. zudem offenzulegen, wann der neue Standort von 24/7 nun konkret in Betrieb genommen wird, die Gründe für die massive Verzögerung zu nennen und zeitnah den Umzug zu planen;
5. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2023 Bericht zu erstatten.